

11.28

**Abgeordnete Rosa Ecker, MBA (FPÖ):** Frau Präsidentin! Geschätzte Frau Minister! Sehr geehrte Damen und Herren hier und zu Hause! Die Gleichbehandlungsanwaltschaft verzeichnete einen starken Anstieg an Diskriminierungsanfragen, es waren um etwa 1 000 Anfragen mehr als im Vergleichszeitraum 2018 und 2019. Warum ist das so? – Es waren einerseits auch Firmenanfragen darunter, andererseits mehr Einzelanliegen von Personen, und auch da ist Corona ein Mitschuldiger. Das Angebot nutzten nach wie vor, wie wir es schon wissen, mehr Frauen als Männer, eher im Alter über 35 Jahren.

Diskriminierung am Arbeitsplatz und systematische Benachteiligung von Frauen, die Mütter werden, passieren leider immer noch. Mit Diskriminierung am Arbeitsplatz müssen aber auch immer mehr ältere Arbeitnehmerinnen zurechtkommen. Es wird Maßnahmen für das Arbeiten im Alter brauchen, um sicherzustellen, dass Frauen auch im Alter noch einen Arbeitsplatz haben.

Besonders auffällig sind die geschlechtsbezogenen Belästigungen, die der Bericht sehr gut aufzeigt, und Äußerungen, die sich Frauen offenbar gefallen lassen müssen. Es sind Aussagen wie zum Beispiel: Die Kolleginnen seien „eh nur Hausfrauen“ und könnten „ihren Dreck, den sie machen, ... selbst wegsaugen“, oder: Es werde „eine Sekretärin mit Eiern in den Hosen‘ gebraucht“.

Sehr geehrte Frau Minister! Ich habe es schon im Ausschuss gesagt: Offenbar braucht es in Österreich wirklich auch Kampagnen zu wertschätzender Sprache.

Die Digitalisierung ist auch in der Gleichbehandlungsanwaltschaft angekommen, mit E-Learning-Tools, die Firmen zur Verfügung stehen, um proaktiv handeln und Fälle vielleicht auch präventiv verhindern zu können.

Hybridkonferenzen haben Einzug gehalten, durch die Zeit gespart wird, durch die Geld gespart wird und bei denen auch das positive Resümee gezogen wird, dass Lösungen genauso gut, vielleicht sogar besser erarbeitet werden

konnten, weil sich die Streitparteien in räumlicher Distanz befunden haben, also sich nicht gegenüberstanden.

Beinahe 1 500 Fälle konnten zu passenden Stellen – zum Beispiel an die Behindertenanwaltschaft, an Institutionen der Landesverwaltungen, an den öffentlichen Dienst – weitervermittelt werden, und da wurde der Wunsch nach einer einheitlichen Organisation geäußert. Die Gleichbehandlungsanwaltschaft – da gilt die Gratulation Frau Konstatzky – erhielt den Verwaltungspreis für Führungs- und Steuerungsarbeit. Wir wissen, die Gleichbehandlungsanwaltschaft ist mit ihren Regionalstellen EU-weit ein Vorzeigeprojekt und feierte vor nicht allzu langer Zeit das 30-jährige Jubiläum.

Schlussendlich ist es aber trotzdem ein Bericht, der aufzeigt, dass im Diskriminierungsbereich noch vieles zu tun ist. *(Beifall bei der FPÖ sowie der Abg. El-Nagashi.)*

11.30

**Präsidentin Doris Bures:** Nächste Rednerin: Frau Abgeordnete Meri Disoski. – Bitte.